



EUROPÄISCHES PARLAMENT

2009 - 2014

Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie

2010/2137(INI)

9.11.2010

STELLUNGNAHME

des Ausschusses für Industrie, Forschung und Energie

für den Ausschuss für Wirtschaft und Währung

zu dem Bericht über die Wettbewerbspolitik 2009
(2010/2137(INI))

Verfasserin der Stellungnahme: Silvana Koch-Mehrin

PA_NonLeg

VORSCHLÄGE

Der Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie ersucht den federführenden Ausschuss für Wirtschaft und Währung, folgende Vorschläge in seinen Entschließungsantrag zu übernehmen:

1. weist darauf hin, dass die Wettbewerbspolitik der EU auf dem Grundsatz freier Märkte beruht und gleiche Wettbewerbsbedingungen in allen Bereichen die Grundbedingung für einen erfolgreichen Binnenmarkt und eine Voraussetzung für die Schaffung nachhaltiger und wissensbasierter Arbeitsplätze sind;
2. fordert die Kommission auf, die rasche und korrekte Umsetzung des dritten Energiepakets nach dem vorgegebenen Zeitplan durch die Mitgliedstaaten genau zu verfolgen und darüber zu berichten, sowie dessen Effektivität für die Schaffung eines funktionierenden Binnenmarktes zu bewerten; fordert die Kommission ferner auf, weitere Analysen des Energiesektors vorzunehmen, wenn die Bewertung negativ ausfällt; fordert die Kommission in diesem Fall auf, zusätzliche Maßnahmen vorzuschlagen, die wettbewerbsfähige Marktbedingungen sicherstellen;
3. betont, dass die Modernisierung der europäischen Energieinfrastruktur ein wesentliches Ziel der Energiepolitik ist und begrüßt deshalb, dass im Rahmen der „Energiestrategie für Europa 2011-2020“ eine intelligente und moderne Infrastruktur im Mittelpunkt steht, damit moderne EU-weit integrierte Netze errichtet werden, da so der Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt verbessert, die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher und die Zahl der Anbieter erhöht und die Versorgungssicherheit Europas sichergestellt werden; fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, umfangreiche Investitionen vorzusehen und den Energiemarkt zu vollenden;
4. erkennt, dass die hohe Marktkonzentration und die fehlende Transparenz der Rohstoffmärkte ein schwerwiegendes Wettbewerbshindernis darstellen und sich nachteilig auf die europäische Wirtschaft auswirken können; fordert die Kommission deshalb auf, die Rohstoffmärkte zu analysieren, wie z. B. die Märkte für Eisenerz und insbesondere die Märkte für die von der Kommission hervorgehobenen 14 kritischen Rohstoffe, damit festgestellt wird, inwieweit auf diesen Märkten Transparenz und Wettbewerb verbessert werden müssen;
5. verweist insbesondere auf seine Forderung, die einzelnen Politikbereiche der EU und die Schwerpunkte der EU-Strategie 2020 für Wachstum und Beschäftigung aufeinander abzustimmen; betont, dass dies für die Wettbewerbspolitik von zentraler Bedeutung ist;
6. bedauert, dass die Umsetzung des zweiten Binnenmarktpakets noch nicht vollständig abgeschlossen ist, wodurch sich nicht das gesamte Potential einer Liberalisierung im Energiesektor entwickeln kann und ein wirksamer Wettbewerb verhindert wird;
7. weist darauf hin, dass ein reibungslos funktionierender Binnenmarkt positive Auswirkungen auf die Energieeffizienz hat;
8. betont, dass die jüngste Gas-Krise gezeigt hat, dass der Zugang zur Gas-Infrastruktur in

Europa eine Voraussetzung für eine Integration in die Märkte ist und dass die Entwicklung eines Wettbewerbs eine zentrale Rolle bei der Sicherstellung der Gasversorgung spielt; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Versorgungssicherheit zu verbessern, indem Investitionen in die Transportkapazitäten gefördert, die Zahl der Lieferanten auf dem Markt erhöht und die Abhängigkeit von den traditionellen Lieferanten reduziert wird;

9. weist darauf hin, dass regulierte Energiepreise negative Auswirkungen haben und ein großes Hindernis für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarktes darstellen, das zu Wettbewerbsverzerrungen und negativen Auswirkungen auf Investitionen und Anreize zur Energieeffizienz führen könnte; fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie sich Mechanismen zur Preiskontrolle auf den Wettbewerb und Investitionen im Energiesektor auswirken;
10. stellt fest, dass Spekulationen mit Rohstoffen zu Verzerrungen auf den Märkten und des Wettbewerbs führen; begrüßt die Absicht Frankreichs, dieses Problem im Rahmen seiner G20-Präsidentschaft anzugehen; spricht sich dafür aus, dass dies über landwirtschaftliche Erzeugnisse hinausgehen und auch Metalle einschließen sollte;
11. weist darauf hin, dass digitale Konvergenz und die wachsende Bedeutung von Interoperabilität und Normen in einer zunehmend vernetzten Welt von zentraler Bedeutung für den IKT-Sektor sind; betont ferner, dass im IKT-Sektor ständig ein freier Wettbewerb gewährleistet sein muss, wenn neue digitale Produkte und Dienstleistungen auf den Markt kommen; fordert die Kommission deshalb auf, diese Fragen in den anstehenden Leitlinien für Vereinbarungen über horizontale Zusammenarbeit zu berücksichtigen;
12. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Verfahren für die öffentliche Auftragsvergabe zu nutzen, um Wettbewerbsanreize zu schaffen, einschließlich ökologischer und sozialer Kriterien bei den Ausschreibungen;
13. weist darauf hin, dass die Wettbewerbsfähigkeit in der EU stark von ihrer Innovationsfähigkeit, ihren Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen und der Vernetzung von Innovationen mit dem Produktionsprozess abhängt;
14. wiederholt die frühere Forderung des Parlaments nach branchenspezifischen Untersuchungen im Bereich Medienkonzentrationen, einschließlich sämtlicher Kanäle zur Verbreitung von Inhalten, wie Printmedien, Fernsehen und Hörfunk sowie Internet;
15. begrüßt die Annahme der Leitlinien über staatliche Beihilfen im Breitbandsektor für grundlegende Breitbandnetze (ADSL, kabelgebundene, mobile, drahtlose oder satellitengestützte Breitbanddienste) und die Unterstützung von Hochgeschwindigkeitsnetzen der nächsten Generation (die zum gegenwärtigen Zeitpunkt hauptsächlich auf der Glasfasertechnologie oder weiterentwickelten modernisierten Kabelnetzen beruhen) und fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf bewährte Verfahren zu verbreiten und zu fördern und den Wettbewerb anzukurbeln;
16. verweist auf die Verordnung (EG) Nr. 544/2009 zu innergemeinschaftlichen Roaming-Diensten, die am 1. Juli 2010 in Kraft trat, wodurch die Verbraucher von Preissenkungen

für Sprach- und SMS-Roaming-Dienste profitieren; stellt allerdings fest, dass sich der Wettbewerb auf den Roaming-Märkten noch nicht ausreichend entwickelt hat und die strukturellen Probleme fortbestehen; fordert die Kommission auf, in ihrer Überprüfung für das Jahr 2011 die Möglichkeit zu prüfen, innerhalb der EU Roaming-Gebühren vollständig abzuschaffen;

17. spricht sich dafür aus, den digitalen Binnenmarkt zu fördern; betont in diesem Zusammenhang, dass das Vertrauen der Verbraucher in Onlinedienste und deren Zugangsmöglichkeiten verbessert werden müssen, insbesondere durch Ausweitungen der Verbraucherrechte, den Schutz privater Informationen und die Beseitigung verbleibender Hindernisse für den grenzüberschreitenden Online-Handel und grenzüberschreitende Online-Transaktionen;
18. bedauert die Fälle einer nicht transparenten Versteigerung neuer Mobilfunkfrequenzen der vierten Generation in einigen Mitgliedstaaten; fordert die Kommission auf, die entsprechenden Aktivitäten der Mitgliedstaaten weiterhin sehr aufmerksam zu verfolgen und die Mitgliedstaaten anzuhalten, genaue Folgenanalysen für Frequenzentscheidungen durchzuführen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um im Einklang mit der GSM-Richtlinie wettbewerbsfeindlichen Erscheinungen vorzubeugen und so gleiche Wettbewerbsbedingungen für Marktteilnehmer und neue Anbieter sicherzustellen;
19. begrüßt die überarbeitete Fassung der Rundfunkmitteilung vom Juli 2009, in der die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten bestätigt wird, Aufgaben, Finanzierung und Organisation des öffentlich-rechtlichen Rundfunks festzulegen, und anerkennt gleichzeitig die Verantwortung der Kommission, offensichtliche Fehler zu kontrollieren; fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre Richtlinien umzusetzen, damit ein Gleichgewicht bei den angebotenen digitalen Mediendiensten bestehen bleibt, um einen lautereren Wettbewerb zwischen öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern zu gewährleisten und dadurch eine lebendige Medienlandschaft im Online-Umfeld zu erhalten;
20. verweist insbesondere auf die zentrale Bedeutung der Wettbewerbspolitik in der digitalen Wirtschaft; fordert die Kommission auf, technologische Entwicklungen im digitalen Markt aufmerksam zu verfolgen und ggf. rasch zu reagieren, um digitale Plattformen unter genauer Anwendung der Wettbewerbsregeln so offen wie möglich zu halten;
21. fordert die Kommission auf, im Rahmen des integrierten Regelungsrahmens zum Schutz der geistigen Eigentumsrechte die Wettbewerbsbestimmungen zu nutzen, um Missbräuche in diesem Bereich zu verhindern;
22. betont, dass wissenschaftliche und technische Innovationen, Patente und die Kulturindustrie in sehr hohem Maße zur Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaft beitragen; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, rasch eine Lösung für die anstehenden Fragen im Rahmen eines EU-weit einheitlichen Patentsystems zu finden; begrüßt in diesem Zusammenhang, dass gemäß der Leitinitiative der Strategie Europa 2020 – Innovationsunion 2014 die ersten EU-Patente erteilt werden sollen;
23. betont die zentrale Bedeutung der Forschung für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten deshalb auf, sicherzustellen, dass das Ziel von 3 % für Investitionen in Forschung und

Entwicklung erreicht wird;

24. weist darauf hin, dass KMU für die gesamte europäische Wirtschaft eine wichtige Rolle spielen; verweist außerdem auf das immense Innovationspotential von KMU und fordert die Kommission nochmals auf, ein entsprechendes Kapitel über faire und diskriminierungsfreie Wettbewerbsbedingungen für KMU hinzuzufügen.

ERGEBNIS DER SCHLUSSABSTIMMUNG IM AUSSCHUSS

Datum der Annahme	9.11.2010
Ergebnis der Schlussabstimmung	+: 44 -: 2 0: 0
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Mitglieder	Jean-Pierre Audy, Ivo Belet, Bendt Bendtsen, Jan Březina, Giles Chichester, Pilar del Castillo Vera, Lena Ek, Ioan Enciu, Gaston Franco, Adam Gierek, Fiona Hall, Romana Jordan Cizelj, Arturs Krišjānis Kariņš, Philippe Lamberts, Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz, Marisa Matias, Judith A. Merkies, Angelika Niebler, Jaroslav Paška, Aldo Patriciello, Miloslav Ransdorf, Herbert Reul, Teresa Riera Madurell, Michèle Rivasi, Paul Rübig, Amalia Sartori, Francisco Sosa Wagner, Patrizia Toia, Evžen Tošenovský, Ioannis A. Tsoukalas, Claude Turmes, Vladimir Urutchev, Adina-Ioana Vălean, Kathleen Van Brempt, Alejo Vidal-Quadras, Henri Weber
Zum Zeitpunkt der Schlussabstimmung anwesende Stellvertreter(innen)	António Fernando Correia De Campos, Andrzej Grzyb, Jolanta Emilia Hibner, Yannick Jadot, Silvana Koch-Mehrin, Ivari Padar, Vladko Todorov Panayotov, Peter Skinner, Silvia-Adriana Țicău, Catherine Trautmann